

- 2 -

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 81. Sitzung des Bundesrates vom 22. November 1955

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Petitpierre
Abwesend: Niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Sitzungstage der parlamentarischen Kommissionen

Die BK wird in Beachtung der gewünschten Aenderungen den Brief neu fassen und an die Ratspräsidenten weiterleiten. Sie wird allen Mitgliedern des Bundesrates eine Kopie des endgültigen Textes zustellen.

Trinkgeldangelegenheit der Bundesweibel

Das allen Mitgliedern zugestellte Dispositiv findet die Zustimmung des Rates. Der Bundeskanzler wird nun nach Anpassung der Begründung auf das Dispositiv den Weibeln seinen Disziplinaentscheid zustellen.

Politisches Departement

Umwandlung von schweiz. Gesandtschaften in Botschaften

Das EPD ist mit den Bemerkungen im Mitbericht des FZD einverstanden. Das JPD verhält sich in seinem Mitbericht reserviert. Was seine Bemerkungen zum Beschlussentwurf betrifft, so ist das EPD einverstanden, dass es in der Präambel heissen muss : Art. 85, Ziff. 3.

Hr. Feldmann stellt fest, dass das JPD keinen Gegenantrag gestellt habe und dass seine Bemerkungen nur den Sinn



haben, eine Diskussionsgrundlage zu bilden. Ein bestimmter Antrag, Art. 2 zu streichen, werde ebenfalls nicht gestellt. Dagegen sollten die Ausführungen auf Seite 9 und 10 der Botschaft etwas zurückhaltender formuliert werden.

Die Diskussion dreht sich vor allem um zwei Fragen:

1. Welche Kriterien können verlangt werden für die Errichtung einer Botschaft ?
2. Welches ist die Stellung eines schweizerischen Vertreters, der einmal Botschafter war und nachher wieder als Minister Verwendung finden soll ?

Hr. Etter wirft die Frage auf, ob man nicht den vor der Entwicklung gezeichneten Weg in einem Schritt zurücklegen und sagen wolle, die Schweiz lasse sich überhaupt nur noch durch Botschafter vertreten. Dieser Vorschlag erscheint aber als verfrüht. Es ist denkbar, dass andere Staaten damit gar nicht einverstanden wären.

Es wird beschlossen, durch das Sekretariat der Bundesversammlung abzuklären, ob die ständerätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten dieses Geschäft und dasjenige über die Errichtung neuer diplomatischer Vertretungen noch in der Dezembersession behandeln will. Inzwischen wird das EPD den Text der Seiten 9 und 10 nochmals überprüfen.

Justiz- und Polizeidepartement

Zivilschutz

Hr. Feldmann wird der Anregung, die Frist zur Stellungnahme der Kantone zu verlängern, Rechnung tragen und als Termin Ende Januar vorsehen.

Militärdepartement

Bericht der Kommission für die Militärausgaben

Auf Anregung von Hrn. Streuli wird noch eine Präzisierung angebracht, wonach sich der Bericht nur auf die Ausgabenposten laut Budget 1956 beschränkt und sich nicht auch zu den übrigen in Prüfung befindlichen Fragen äussert.

Volkswirtschaftsdepartement

Schlussbericht Studienkommission für die schweiz. Zuckerwirtschaft

Der Rat ist der Meinung, dass der Bericht der Presse übergeben werden sollte.

U m f r a g e

Hr. E t t e r

Monatsbericht der Bundesanwaltschaft

Hr. Etter erwähnt den Fall eines Schweizers, der im Elsass in betrunkenem Zustand von der Polizei veranlasst wurde, eine Verpflichtung für die Fremdenlegion zu unterzeichnen und nachher misshandelt wurde, weil er erklärte, er denke nicht daran, in die Fremdenlegion einzutreten. Hr. Feldmann erklärt, dass man der Angelegenheit auf der Spur sei und dass er den Bundesrat auf dem Laufenden halten werde. Auch das EPD ist interessiert, um diesen Vorfall im Zusammenhang mit seinen Demarchen wegen der Angelegenheit "Fremdenlegion" zu verwenden. Die Oeffentlichkeit soll über diesen Vorfall orientiert werden, aber erst in einem späteren Zeitpunkt.

Hr. S t r e u l i

Steuerabbau und Teuerungszulagen

Hr. Streuli macht darauf aufmerksam, dass anzunehmen ist, dass es hier Differenzen zwischen den beiden Räten geben wird. Die BK wird gebeten, zusammen mit dem Sekretariat der Bundesversammlung, bei der Aufstellung des Programmes diesem Umstände Rechnung zu tragen.

Hr. H o l e n s t e i n

Einladung des franz. Botschafters im Zusammenhang mit der Anwesenheit des Präsidenten der hohen Behörde der Montanunion

Der Hr. Bundespräsident und Hr. Holenstein werden die Einladung annehmen.

Hr. C h a u d e t

Angelegenheit Oberstdivisionär Montfort

Hr. Oberstdivisionär Montfort hat geschrieben, dass er dankbar sei für die Uebertragung des Kommandos der Zentralschulen.

Teuerungszulagen zu den Militärpensionen
Die Kommission des Nationalrates hat zugestimmt.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 79. Sitzung vom 18. November wird mit einer Aenderung genehmigt.

Monatsbericht der Bundesanwaltschaft
Hr. Riter erwähnt den Fall eines Schweizers, der im Blass
in betrunkenem Zustand von der Polizei verhaftet wurde,
eine Verpflichtung für die Fremdenlegation zu unterzeichnen
und nachher misshandelt wurde, weil er erklärte, er denke
nicht daran, in die Fremdenlegation einzutreten. Hr. Feldmann
erklärt, dass man der Angelegenheit auf der Spur sei und
dass er den Bundesrat auf den laufenden halten werde. Auch
das BPD ist interessiert, um diesen Vorfall im Zusammenhang
mit seinen Bemerkungen wegen der Angelegenheit "Fremdenlegation"
zu verwenden. Die Öffentlichkeit soll über diesen Vorfall
orientiert werden, aber erst in einem späteren Zeitpunkt.

Hr. Strevli

Generatordien und Teuerungszulagen
Hr. Strevli macht darauf aufmerksam, dass anzunehmen ist,
dass es hier Differenzen zwischen den beiden Räten geben
wird. Die BK wird gebeten, zusammen mit dem Sekretariat
der Bundesversammlung, bei der Aufstellung des Programms
diesen Umstände Rechnung zu tragen.

Hr. Holenstein

Einladung des franz. Botschaftlers im Zusammenhang mit der
Anwesenheit des Präsidenten der hohen Behörde der Montan-
union
Der Hr. Bundespräsident und Hr. Holenstein werden die Ein-
ladung annehmen.

Hr. Chaudet

Anwesenheit Operativdivisionär Montfort
Hr. Operativdivisionär Montfort hat geschwiegen, dass er dank-
bar sei für die Übertragung des Kommandos der Zentral-
schulen.